

13.12.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

Landesregierung darf Kommunen bei Konversion und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen - Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel aus Mitteln der europäischen Union!

Berichterstatter: Georg Fortmeier SPD

Beschlussempfehlung:

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/3205 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 13.12.2013/Ausgegeben: 16.12.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde durch Plenarbeschluss vom 19. Juni 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zur Federführung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Hauptausschuss und den Ausschuss für Europa und Eine Welt überwiesen.

Die CDU-Fraktion schreibt in ihrem Antrag:

Zitat: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in den Operationellen Programmen zur Umsetzung der Europäischen Strukturprogramme in Nordrhein-Westfalen ein landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel vorzusehen. In diesem Programm müssen fondsübergreifende Gelder aus EFRE, ESF, ELER, INTERREG gebündelt werden. Nur so kann ein wirtschaftlicher Mehrwert für Kommunen geschaffen werden. Die Nachfolgenutzung für Konversion und Bergbau muss zwingend in den Operationellen Programmen enthalten sein.

B Beratung

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk hat über den Antrag in seiner Sitzung am 11. September 2013 eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Diese ist im Ausschussprotokoll 16/314 dokumentiert.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

Institutionen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt	Wolfgang Bischoff	16/1009
	Guido Brebaum	
AG der kommunalen Spitzenverbände NRW	Roland Thomas	16/991
	Maria Unger	
Westdeutscher Handwerkskammertag (WHKT)	Reiner Nolten	16/979
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hamm mbH	Christoph Dammermann	-
NABU NRW, Düsseldorf	Josef Tumbrinck	16/1036
ExperConsult, Wirtschaftsförderung & Investitioinen GmbH &Co. KG	Jörg Lennardt	16/1002
RAG Montan Immobilien	Prof. Dr. Hans-Peter Noll	-

Institutionen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen
Koordinierungsstelle Forum Baulandmanagement NRW	Stefan Raetz	-
NRW.URBAN	Ludger Kloidt	16/1004
Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften NRW	Annette Förster	

Weitere Stellungnahmen	
VdW Rheinland Westfalen, Düsseldorf	16/1021
ver.di, Landesverband Nordrhein-Westfalen	16/1046 16/1047

Der mitberatende Ausschuss für Europa und Eine Welt hat den Antrag in seiner Sitzung am 18. Oktober 2013 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Mit gleichem Stimmverhalten hat der Hauptausschuss den Antrag in seiner Sitzung am 7. November 2013 und der Ausschuss für Kommunalpolitik in seiner Sitzung am 8. November 2013 abgelehnt.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2013 seine abschließende Beratung durchgeführt.

Die **CDU-Fraktion** teilte mit, dass aus den Reihen der Grünen vorgeschlagen wurde, ein gemeinsames Papier zu machen. Man habe damit kein Problem. Es stelle sich nur die Frage, ob man bei einem solchen Vorgehen nicht zu spät komme. Wenn es Ziel der gemeinsamen Initiative von Rot-Grün sein solle, mit der Opposition zusammen zu versuchen, ins operationelle Programm zu kommen, dann müsste man damit bis Mitte Januar fertig sein. Das sei zumindest die Aussage der Landesregierung Stand heute. Man biete vor diesem Hintergrund Folgendes an: Würde man den Antrag schieben, um irgendetwas Gemeinsames daraus entstehen zu lassen, käme man damit nicht vor Ende Januar ins Plenum. Deswegen empfehle man, der Tagesordnung zu folgen und heute darüber abzustimmen. Dann komme der Punkt ins Dezember-Plenum und man stelle dazu gemeinsame Änderungsanträge, sofern der Wunsch noch bestehe. Ziel müsse es auf jeden Fall sein, bis zum Plenum damit fertig zu werden, um damit ins operationelle Programm zu kommen, sofern das der Hinweis der Grünen gewesen sei.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, ihr seien die eben erwähnten Gespräche bekannt. Man habe natürlich etwas in der Pipeline. Man habe die Worte der CDU-Fraktion sehr wohlwollend entgegengenommen. Der Ältestenrat habe den Punkt für die nächste Plenarsitzung beschlossen. Man könne zusagen, dass sehr schnell eine Fassung vorliegen werde. Da man eh eine solche Intention schon angedacht habe, würde man nach Endabstimmung in der Koalition die Fassung weiterleiten lassen. Das könnte dann die Grundlage eines Entschließungsan-

trages für das nächste Plenum sein, und man könnte sich dann vorher noch auf etwas verständigen.

Ansonsten werde man heute wie die anderen beiden Ausschüsse den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bezeichnete den Vorschlag der CDU-Fraktion in der Sache als sinnvoll, allein wegen der Zeitabläufe. Es müsse auch ein gemeinsames Interesse des Landes geben, in Richtung einer sich vermutlich bald konstituierenden neuen Bundesregierung auch ein klares Zeichen zu setzen, worin der Beitrag der Bundesregierung zur Bewältigung der Konversion in Nordrhein-Westfalen bestehen solle. In der Sache sei das, was die CDU mit dem Antrag vorgelegt habe, erledigt. Aber man könnte sich auf der Basis eines Antragsentwurfs sinnvoll austauschen, ob noch eine gemeinsame Initiative in Richtung Plenum möglich sei. Ziel sei es, noch in diesem Monat zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Insofern schlage die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls vor, den CDU-Antrag heute abzulehnen und ins Gespräch zu gehen.

Die **Fraktion der PIRATEN** erkannte die im Ausschuss offensichtliche Einigkeit bei diesem Punkt. Nach ihrer Einschätzung lägen die in diesem Antrag aufgestellten inhaltlichen Forderungen und die des rot-grünen Antrages von Oktober 2012 - Drucksache 16/1263 - ziemlich nahe beieinander. Insofern könne man nicht verstehen, dass man den vorliegenden Antrag ablehnen wolle. Wenn für die PIRATEN ein Antrag in die richtige Richtung gehe, stimme man dem auch zu und lege gegebenenfalls eine Änderung oder Erweiterung vor. Es sei schön, zu sehen, dass sich die große Koalition aufeinander zubewege.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/3205 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Georg Fortmeier
Vorsitzender